

Positive Effekte des Einbezugs privater Investoren bei der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben

Ergänzungsvorschlag zum „Sondervermögen“

Zusammenfassung

Die Herausforderungen rund um die Erneuerung und Schaffung einer wettbewerbsfähigen, zuverlässigen und klimafreundlichen Infrastruktur sind enorm und benötigen neue und mutige Ansätze für die Umsetzung und Finanzierung. Das geplante Sondervermögen ermöglicht einen massiven Fortschritt, doch angesichts der immensen Größe der im Raum stehenden Zahlen wird das staatliche Kapital allein nicht ausreichen, um die vielfältigen benötigten Investitionen über alle Infrastrukturelemente hinweg zu tätigen. Darüber hinaus entsteht durch die Einbeziehung von Altersvorsorgekapital ein volkswirtschaftlicher Mehrwert in dreifacher Hinsicht: durch eine geringere Staatsverschuldung künftiger Generationen, einen stärkeren Fokus auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei geeigneten Themen sowie der finanziellen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am Infrastrukturausbau.

Entsprechend schlägt die Initiative Deutsche Infrastruktur (IDI) vor, die Mittel des Sondervermögens vorwiegend für jene Infrastrukturen zu nutzen, die aus sich heraus nicht eigenwirtschaftlich refinanzierbar sind. In anderen Themenfeldern mit vorhandenem Refinanzierungspotenzial sollten die staatlichen Mittel vorwiegend als Hebel für die Attraktivierung privaten Kapitals eingesetzt werden. Konkret könnte dies unter anderem in drei Themenfeldern geschehen und sich bestenfalls inhaltlich so im Koalitionsvertrag wiederfinden:

1. Die Rahmenbedingungen für Investitionen in grundsätzlich wirtschaftliche Infrastrukturen wie Strom- und Wärmenetze werden international wettbewerbsfähig sowie mittelfristig planbar gestaltet, sodass institutionelle und private Finanzmittelgeber einen wesentlichen Teil der Investitionen übernehmen können.
2. Die Einbeziehung institutioneller Investoren kann über Fondskonzepte mit einer gezielten Risikoteilung zwischen Staat und Privaten erfolgen, die jedoch in jedem Fall professionell und nach branchenüblichen Maßstäben geführt werden müssen, um größere Kapitalmengen anzuziehen.
3. Zusätzlich werden steuerliche Anreize für ein privates Altersvorsorgeprodukt geprüft, welches die flexible Einbeziehung von Klein- und Privatanlegern in die Finanzierung von zukunftsfähigen Infrastrukturen ergänzend zur Einbeziehung institutioneller Investoren ermöglicht und so die Anzahl der kapitalgedeckten Rentenbausteine ausweitet.
4. Über die unabweisbar erforderlichen Investitionen in das Schienennetz der Deutschen Bahn hinaus besteht auch ein hoher Kapitalbedarf zur Wiederertüchtigung des deutschen Autobahnnetzes und insbesondere der Brücken. Geeignete Vorhaben sollen zur Entlastung der öffentlichen Hand von der Autobahn GmbH des Bundes als Lebenszyklusmodell und unter Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten an private Konsortien und Kapitalgeber ausgeschrieben werden.

Langfassung

Ausgangslage

- Die nächste Bundesregierung steht vor historischen Herausforderungen, resultierend aus geopolitischen Veränderungen und der militärischen Neupositionierung bisheriger Partner.
- Die veränderte Situation erfordert es, bestehende Infrastrukturen zu ertüchtigen und neue aufzubauen, um auch möglichen militärischen Szenarien sowie den daraus resultierenden Anforderungen an Versorgungssicherheit, Logistik, Heimatschutz und innerer Sicherheit gewachsen zu sein.
- Vor diesem Hintergrund ist beabsichtigt, kurzfristig die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben, die über 1% des BIP hinausgehen, aufzuheben und zudem ein Sondervermögen für Infrastruktur in Höhe von € 500 Mrd. einzurichten, um die Finanzierung der anstehenden Aufgaben zu finanzieren.
- Um die Mittel für Infrastrukturinvestitionen aufzubringen, wird derzeit eine direkte Schuldenaufnahme des Bundes favorisiert.
- Die Einbeziehung von privatem Kapital wird hingegen im Kontext der politischen Debatte um die Einrichtung des Sondervermögens für Infrastruktur bisher kaum diskutiert. Dabei bietet die Einbeziehung von langfristigem privatem Kapital finanzpolitisch, wirtschaftlich sowie gesellschaftspolitisch (Stichwort „Generationengerechtigkeit“) erhebliche Vorteile.

Vor dem Hintergrund der Größe der anstehenden Aufgaben sollte bei der Ausdetaillierung des Sondervermögens eine intelligente Verzahnung zwischen der schuldenbasierten, staatlichen Finanzierung sowie ergänzenden privaten Investitionen erfolgen.

Vorteile des Einbezugs privater Eigenkapital-Investoren

Finanzpolitische Effekte

- Ein durch öffentliche Schulden finanziertes Sondervermögen belastet die Aufnahmekapazität des Bundes für neue Mitteln und führt c.p. zu höheren Risikoaufschlägen; dies wurde bereits unmittelbar nach Ankündigung der geplanten Maßnahmen an den Kapitalmärkten sichtbar.
- Der ergänzende Einsatz von privatem Kapital würde diese Effekte abmildern, Kapazitäten des Bundes schonen und somit weiteren finanzpolitischen Spielraum eröffnen.
- Die aktuell hohe Bonität Deutschlands könnte stattdessen besser genutzt werden, z.B. um Bürgschaften für den Kapitaleinsatz einzelner Projekte zu stellen, die somit schnell und kosteneffizient von privaten Investoren finanziert werden könnten.
- Für wichtige Infrastrukturen wie Strom- und Wärmenetze oder Teile der Verkehrsinfrastruktur ermöglicht eine gezielte Teilförderung bzw. Ausgestaltung der Regulierung die Attraktivierung umfangreicher nationaler und internationaler

Finanzmittel bei gleichzeitiger Sicherstellung der Bezahlbarkeit der Infrastrukturkosten für die Nutzenden.

- Die öffentlichen Mittel des Sondervermögens könnten dann stärker in jenen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur eingesetzt werden, die sich nicht in gleichem Maße für das Engagement privater Investoren eignen, etwa im Bereich der baulichen Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser etc.).

Wirtschaftliche Effekte

- Die Einbeziehung privaten Kapitals über die Vergabe von größeren „Gesamtlosen“ – z.B. im Bereich der Ertüchtigung, der Instandhaltung und des Neubaus von Autobahnbrücken – verbessert in der Regel deren **Wirtschaftlichkeit und Effizienz**. Dies wird durch geeignete ökonomische Anreize und eine im Vergleich zur öffentlichen Hand direkter wirkende Governance von Seiten der privaten Kapitalgeber gewährleistet.
- Im Gegensatz zur Realisierung von Infrastrukturprojekten, die ausschließlich in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegen, bietet die Einbeziehung privater Eigenkapital-Investoren die Möglichkeit, deutlich größere Projekte auszuschreiben.
- Die Vergabe von größeren Gesamtlosen ermöglicht nicht nur eine verbesserte Risikosteuerung, die die Attraktivität für private Investoren erhöht, sondern auch eine Entlastung der öffentlichen Hand bei der Durchführung von Ausschreibungen und der Begleitung von Baumaßnahmen.
- Solche Projekte bieten der Bauindustrie einen Anreiz, nachhaltig Planungs-, Bau- und Instandhaltungskapazitäten aufzubauen. Dadurch würde ein größerer Wettbewerb entstehen, der aus Sicht der öffentlichen Hand zu sinkenden Projektkosten führen sollte.

Generationenübergreifende gesellschaftspolitische Effekte

- Ein großer und stetig ansteigender Teil des Bundeshaushaltes wird aktuell zur Querfinanzierung der Rentenversicherung verwendet.
- Eine Alternative zur steigenden laufenden Finanzierung aus öffentlichen Mitteln besteht in der Kapitaldeckung von Rentenansprüchen. Das entsprechende Altersvorsorgekapital könnte unter anderem in Infrastrukturprojekte investiert werden.
- Bereits jetzt gibt es zahlreiche Investoren wie Pensionskassen, Versicherungen, Versorgungswerke und Stiftungen, für die Investitionen in Infrastruktur attraktiv sind. Jedoch gibt es für sie bislang gerade in Deutschland kaum Investitionsmöglichkeiten.
- Neben der Einbeziehung institutioneller Investoren wäre die Beteiligung privater Anleger an öffentlichen Infrastrukturen über Kapitalsammelstellen ein Mechanismus, um gleichzeitig langfristigen Wohlstand der Geldgeber als auch Akzeptanz der Infrastrukturen zu fördern.
- Denn, die Möglichkeit einer finanziellen Teilhabe an der Ertüchtigung, dem Bau und der Instandhaltung von Infrastruktur im öffentlichen Raum schafft in der Gesellschaft ein erhöhtes Bewusstsein sowie eine größere Akzeptanz für diese Maßnahmen
- Insgesamt steigert dies die Bereitschaft, sich auch auf diesem Weg als Teil und im Interesse der Gemeinschaft zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.

Fazit

- Ein „Sondervermögen für Infrastruktur“ sendet neben der Bereitstellung von Finanzmitteln ein wichtiges Signal des Aufbruchwillens und der Handlungsfähigkeit.
- Die bisher ausschließlich über Schuldenaufnahme vorgesehene Finanzierung stößt jedoch auch auf Vorbehalte.
- Ergänzend zu unmittelbaren öffentlichen Investitionen sollten Teile des Sondervermögens daher auch als Hebel eingesetzt werden können, um die Finanzierung durch privates Eigenkapital anzureizen und so zu ermöglichen, die Reichweite der zur Verfügung stehenden Mittel zu erhöhen. Die Mobilisierung dieser zu einem Sondervermögen komplementären Mittel
 - kann helfen, die unmittelbare Verschuldung der öffentlichen Hand, die daraus resultierendem Zinsbelastungen und eventuelle Rückzahlungsverpflichtungen signifikant zu reduzieren.
 - stärkt die Wirtschaftlichkeit, die Effizienz und die wettbewerblich geprägte Umsetzung der geplanten Maßnahmen anstelle eines kostensteigernden, inflationär wirkenden „Crowding outs“.
 - unterstützt die langfristige private Vermögensbildung mit dem Ziel einer auskömmlichen Altersvorsorge für die alternde Gesellschaft.
 - kann helfen, ansonsten ungenutzte Mittel inländischer Anleger zu mobilisieren.
 - steigert die Akzeptanz und die Bereitschaft zum Engagement für die Gemeinschaft durch die Möglichkeit der Teilhabe.

Eine Argumentation, die nur die im Vergleich zur ausschließlichen Verwendung öffentlicher Mittel höheren Finanzierungskosten privater Investoren betrachtet, ignoriert die vorstehenden Argumente und positiven Effekte auf die Gesamtkosten der Umsetzung. Ein zügig umzusetzendes und effektives Nebeneinander bzw. die optimale Verzahnung beider Ansätze, öffentlicher wie privater Finanzierung, wäre stattdessen für alle Seiten vorteilhaft und sollte zumindest geprüft werden.

Über IDI – Initiative deutsche Infrastruktur e.V.

Die Transformation der Infrastruktur in Deutschland ist von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige Zukunft. Die erforderlichen Investitionen können nicht allein durch öffentliche Mittel aufgebracht werden. Private deutsche institutionelle Altersvorsorge-Investoren (Versicherungen, Pensionskassen, Versorgungswerke, etc.) verfügen über erhebliche finanzielle Vermögenswerte.

Die IDI – Initiative deutsche Infrastruktur e.V. ist eine unabhängige Plattform. Sie repräsentiert die deutschen Altersvorsorge-Investoren branchen- und regionenübergreifend und setzt sich für die Nutzung dieses privaten Kapitals zur Finanzierung des dringend notwendigen Umbaus der deutschen Infrastruktur ein. Daneben kommen die Mitglieder aus allen relevanten Interessengruppen, u. a. aus Politik, Wirtschaft und Verbänden.

Ziel ist hierbei die Steigerung des Bewusstseins für die große Bedeutung von privaten Infrastrukturinvestitionen, in Ergänzung zu Mitteln der öffentlichen Hand. Dies wird durch den intensiven Austausch zwischen deutschen Altersvorsorgeeinrichtungen sowie Bund, Ländern, Kommunen, Stadtwerken, Verbänden und der Wirtschaft ermöglicht. Die IDI nimmt Stellung zu Themen und informiert dabei über die Vorteile deutscher Altersvorsorgeeinrichtungen als attraktiven Partner. Dabei fördert sie das Bewusstsein für die Wichtigkeit von deutschen Infrastrukturinvestitionen zur Erfüllung privater Altersvorsorgeziele (Generationenvertrag).